

TOP 15:

Entschließung des Bundesrates zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung von Arbeitsschutzverordnungen

- Antrag der Länder Brandenburg, Thüringen -

Drucksache: 531/15

Der Bundesrat hatte am 19. Dezember 2014 der von der Bundesregierung am 30. Oktober 2014 vorgelegten Verordnung zur Änderung von Arbeitsschutzverordnungen (Arbeitsstättenverordnung, Bildschirmarbeitsverordnung und Arbeitsschutzverordnung zu künstlicher optischer Strahlung) nach Maßgabe von Änderungen zugestimmt. Mit der Verordnung sollten Schwierigkeiten bei der Anwendung und Auslegung der geltenden Verordnung in den Betrieben sowie eine Anpassung an die sich rasch wandelnde Arbeitswelt Berücksichtigung finden. Darüber hinaus sollte die Bildschirmarbeitsverordnung vollständig in die Arbeitsstättenverordnung integriert werden.

Mit der Entschließung soll der Bundesrat feststellen, dass das Rechtsetzungsverfahren bisher von der Bundesregierung nicht zum Abschluss geführt wurde. Das verfolgte Ziel, Rechtsklarheit und Bestimmtheit sowie damit einhergehend die Rechtssicherheit durch die Weiterentwicklung der Arbeitsstättenverordnung zu verbessern, sei somit bisher nicht erreicht.

Der Entschließungsantrag fordert die Bundesregierung auf, das Rechtsetzungsverfahren zur Änderung von Arbeitsschutzverordnungen möglichst umgehend zum Abschluss zu bringen beziehungsweise zu möglichen Hinderungsgründen Stellung zu nehmen.

Der **federführende Ausschuss für Arbeit, Integration und Sozialpolitik** und der **Wirtschaftsausschuss** empfehlen dem Bundesrat, die Entschließung zu fassen.

